

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

173 (28.7.1930)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gefalteten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Belegblätter 50 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Originaltextes, bei geschäftlicher Forderung und bei Anrufen außer Kraft tritt. Geschäftsverhältnisse in Karlsruhe L. 2. o. Schlöß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wägen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober Juleitung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,50 Mark o. Glaspostsendung 12 Pfennig o. Geschäftsamt wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Adressen: Karlsruhe L. 2. Wulffstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkstreuend-Mitteilungen: Durlach, Gumpelstraße 9; D. Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 2

Nummer 173 Karlsruhe, Montag, den 28. Juli 1930 50. Jahrgang

Brünings neue Steuern

Wie 760 Millionen Defizit gedeckt werden sollen

Die Finanzmaßnahmen des Brüningkabinetts

Nach tagelangen und ganz offenbar sehr lebhaften Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts, hat man sich im Laufe des Samstag über den Umfang und die Art der neuen Verordnungen geeinigt, die auf Grund Artikel 48 erlassen werden. Noch am Samstag abend hat der Reichspräsident die neuen Verordnungen unterschrieben. Sie umfassen die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes, die Zulage zur Einkommensteuer, die Ledigensteuer, die Minderung der Tabaksteuer, die Bürgersteuer in Verbindung mit einer Gemeindebürgersteuer sowie einer Gemeindefiskalsteuer, außerdem auch die Reform der Arbeitslosenversicherung und der Reichsversorgung, die Vollstreckungsausführung des Pfändungsgesetzes, endlich auch noch Bestimmungen über die Verhütung unethischer Preisbindungen.

Die letzten sechs Abschnitte der Verordnung bilden das Haushaltsgesetz für 1930. Schon bekannt, in den ersten Notverordnungen enthaltenen Bestimmungen über die Reichshilfe, den Einkommensteuerausgleich, die Ledigensteuer und die Minderung der Tabaksteuer sind unverändert geblieben. Die Bürgersteuer hat eine Staffelung in der Weise erfahren, daß bei einem allgemeinen Satz von 6 Reichsmark jährlich eine Erhöhung für Leistungsschwache auf 3 Reichsmark eintritt und eine Erhöhung über den allgemeinen Satz hinaus bis zu 1000 M. bei den höchsten Einkommen. Die Gemeinden können wählen zwischen Gemeindebürgersteuer und Bürgersteuer oder die Steuern nebeneinander erheben. Sie haben indessen die Wahl, die eine oder die andere Steuer zu erheben, wenn sie keine sind, im Laufe des Rechnungsjahres nachträglich die Realsteuer über den Satz vom 1. August 1930 hinaus zu erhöhen oder vom 1. April an der Landesdurchschnitt überhöhen wird. Die Gemeindebürgersteuer beträgt bei Einfamilien 2,50, bei Zweifamilien 3,75, bei Vollblut 5 M. und bei Starkblut 7,50 M. pro Kopf der Bevölkerung. Wenn der Haushalt einer Gemeinde durch Wohnstätten in außerordentlichem Umfang belastet ist, ist die Gemeinde berechtigt, mit Zustimmung der Landesregierung die Gemeindebürgersteuer eine Gemeindebürgersteuer auf alle alkoholischen und nichtalkoholischen Getränke mit Ausnahme von Milch zu erheben. Uebriens ist die Verordnung neben der Unterschrift des Reichspräsidenten auch die Unterschriften sämtlicher Kabinettsmitglieder.

Minister Dietrich über die neuen Verordnungen

Der Pressevertreter äußerte sich Reichsfinanzminister Dietrich eingehend über den Umfang und den Charakter der neuen Verordnungen. Er führte u. a. aus:

Was das finanzpolitische Gebiet anlangt, so vertritt die Regierung die Ansicht, daß der Reichshaushalt nicht nur für das ganze Rechnungsjahr 1930 allseitig Grundlagende sein muß, sondern auch für die Einnahmen und Ausgaben des Reiches im nächsten Jahr. Vorbehaltlich einer vom Reichstag vorzunehmenden Feststellung des Reichshaushaltsplanes 1930 durch die Reichsregierung des Reichstags vorgelegte Haushaltsentwurf unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Plenums in Geltung zu setzen. Die Fortführung geordneter Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Der Fehlbetrag beläuft sich auf 760 Millionen.

Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 1 von 3/4 auf 4/5 Prozent herabzusetzen, die Beiträge der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden. Die Reichsregierung hat noch einmal gründlich geprüft, ob in dieser Hinsicht die Beschneidung anderer Wege als der bisherigen unter Berücksichtigung der Verhältnisse möglich war. Sie ist zu einer Verneinung dieser Frage gelangt. Es wird daher bei der 24prozentigen Reichshilfe der Beamten und der Aufsichtsratsmitgliedern bei dem 5 prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für Einkommen über 8000 M. und bei der Ledigensteuer verbleiben. Der Fehlbetrag von 304 Millionen Mark erwartete Betrag wird nun allerdings dadurch vermindert, daß diese Steuern am 1. August zum Teil erst am 1. September in Kraft treten. Der gesamte Einparnungsbetrag wird sich auf 134 Millionen Mark belaufen.

Die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung und Ar-

bbeitslosenversicherungsreform: 268 Millionen, Reichshilfe, Einkommensteuerausgleich und Ledigensteuer: 274 Millionen, Verringerung der Fristen bei der Tabaksteuer: 48 Millionen, Gesamterparungen im Etat 134 Millionen, Verringerung der Fehlbeträge 1929: 35 Millionen, zusammen 760 Millionen. Wie dieser Uebersicht zeigt, beruht die Not des Etats im wesentlichen auf der Wirtschaftskrise und der dadurch bedingten Arbeitslosigkeit. Denn von dem Gesamtfehlbetrag entfallen rund 600 Millionen, d. h. vier Fünftel auf die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge. Aber auch das letzte Fünftel — zu erwartende Mindereingänge an Steuern und Zöllen — stehen hiermit in enger Verbindung, denn naturgemäß werden die Steuereingänge mit zunehmender Beschäftigungslosigkeit geringer, wie das ganz besonders deutlich bei der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer in Erscheinung tritt. Der bisherige Umfang der Deckung geht bekanntlich von der Annahme aus, daß mit einem Jahresdurchschnitt von 1,6 Millionen Arbeitslosen zu rechnen ist. Es ist nun bereits in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen worden, daß dieser Durchschnitt zu gering angesetzt ist, daß im Winter mit einem starken Ansteigen der Arbeitslosenzahl zu rechnen sei, daß daher neue Fehlbeträge eintreten würden, und daher noch im Laufe des Jahres voraussichtlich die Anforderung neuer Mittel erforderlich werde. Wie sich die Entwicklung am Arbeitsmarkt gestalten wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Es muß auch vor einer allzu pessimistischen Betrachtungsweise gewarnt werden. Immerhin muß ernsthaft mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Zahl von 1,6 Millionen überschritten werden wird. Für die Reichsregierung erheben sich hieraus zwei Schlussfolgerungen. Einmal kommt es darauf an, das Hauptübel in unserer gesamten öffentlichen und privaten Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit an der Wurzel zu packen, d. h. mit allen nur möglichen Mitteln zu versuchen, sie herabzubringen. In dieser Beziehung sollen die einzelnen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nachdrücklich fortgesetzt werden. Außerdem werden auf wirtschaftspolitischem Gebiet eine Reihe von weiteren Maßnahmen vorgeschlagen.

Die Reichshilfe

Der Reichshilfe unterliegen die Beamten und Angestellten der öffentlichen Hand im weitesten Sinne, die Angehörigen der öffentlichen Hand allerdings nur insoweit, als sie nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegen. Dagegen sind entsprechend den Beschlüssen des Reichstagsausschusses auch die Bezieher von Aufsichtsratsanteilen der Reichshilfe unterworfen, und zwar mit 60 v. D. der im Kalenderjahr 1929 erzielten Aufsichtsratsanteile.

Die Ledigensteuer

Sind befreit unverheiratete Frauen, denen Kinderermäßigung zusteht, und ferner Steuerpflichtige, die zum Unterhalt ihrer geschiedenen Ehefrauen oder eines bedürftigen Elternteils seit einem Jahre mindestens 10 v. D. ihres Einkommens aufwenden und denen bisher eine Ermäßigung der Einkommensteuer bewilligt worden ist.

Einnahmen für die Gemeinden

Die Kosten der Wohlfahrtsverbände haben sich schätzungsweise in den letzten 6 Monaten um 150 Millionen erhöht. Dabei sind nicht nur in erheblichem Umfang die Werkstatte gestiegen worden, es haben vor allem auch die Realsteuern vielfach ein Ausmaß erreicht, das an die Grenze des Möglichen heranreicht und nicht mehr überhöhen werden darf, wenn nicht die Gefahr weiterer Überschreitungen und damit vermehrte Arbeitslosigkeit eintreten soll. Die Gemeinden sollen daher mit sofortiger Wirksamkeit das Recht erhalten,

Bürgersteuer und Gemeindesteuer zu erheben,

und zwar letztere in einem gegenüber bisher erhöhten Ausmaße. Preissteigerungen werden dadurch in nennenswertem Umfang nicht eintreten, da den Gewerbetreibenden in einer großen Zahl der Fälle vielfach nur ein Teil des Gewinnes weggenommen wird, den sie dadurch erzielt haben, daß der Verkaufspreis für das Glas Bier bei der letzten Biersteuererhöhung erheblich über deren Ausmaß hinausgegangen ist. Gemeinden, deren Etat durch die Wohlfahrtsverbände außerordentlich belastet sind, sollen das Recht bekommen, daneben auch von den übrigen Getränken außer Bier eine Gemeindefiskalsteuer zu erheben. Im übrigen ist auch eine Verkopplung mit den Realsteuern vorgesehen, die ihre Erhöhung hintenhalten wird. Mit dem Reich trifft der Notstand der Arbeitslosigkeit die Gemeinden in entscheidender Weise.

Bei der Ausgestaltung der Bürgersteuer ist dem sozialen Gesichtspunkt durch eine Staffelung des Steuerfußes Rechnung zu tragen. Der Satz beträgt im allgemeinen 6 M. Er ermäßigt sich für Leistungsschwache auf 3 M. Er erhöht sich auf 25, 50, 100, 200 und 500 M.; bei den höchsten Einkommen beträgt er 1000 M. Die Verkopplung der Bürgersteuer und der Gemeindesteuer mit den Realsteuern kommt nicht für die Dauer, sondern nur für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Steuervereinfachungsgesetzes geregelt werden. Jede wirksame und gerechte Senkung der Realsteuer in Zukunft hängt davon ab, daß unmittelbar nach dem Inkrafttreten des neuen Reichstags das Steuervereinfachungsgesetz verabschiedet wird, das der aufgelöste Reichstag während eines Zeitraumes von nahezu zwei Jahren nicht erledigt hat.

Offhilfe

Der gleichzeitig durch Notverordnung in Kraft gesetzte Haushaltsplan bietet die Mittel, um die Frachterleichterung, Erleichterung der Kommunalsteuern, Senkung der Schiffabgaben, Zinsverbilligung, Betriebsförderung und sonstige Maßnahmen auf wirtschaftlichem, gesundheitlichem und kulturellem Gebiet im ursprünglichen Plan vorgesehenen Hilfen in diesem Jahre zu gewährleisten. Für diese Zwecke sind insgesamt rund 126 Millionen Mark ausgeworfen. — Der

Vollstreckungsausführung

wird genau in dem gleichen Umfang, wie ursprünglich vorgesehen, für die Zeit bis zum 31. Dezember ds. Js. gewährt werden. Die Reichsregierung wird die Ermächtigung erhalten, im Einvernehmen mit der zuständigen Landesregierung sowohl die Gebiete, denen die Maßnahmen zugute kommen sollen, näher abzugrenzen als auch die mit der Durchführung zu beauftragenden Stellen (Landstellen) zu bezeichnen und das Verfahren zu regeln, wie in dem Entwurf zum Vollstreckungsausführung vorgesehen war. Die erforderlichen Anordnungen werden vorbereitet und sollen in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Der Minister setzte weiter auseinander, die Deckung dürfe nicht so gestaltet werden, daß bei ansteigender Arbeitslosigkeit schon in drei oder vier Monaten neue Steuern angefordert werden müssen. Im Jahre 1930 seien für die Arbeitslosen- und für die Krisenfürsorge 685 Millionen notwendig geworden. Sollte sich trotz der in den Verordnungen getroffenen einschränkenden Maßnahmen abermals eine Steigerung der Ausgaben ergeben, dann müsse der Mehrbedarf zur Hälfte aus Zuschüssen des Reiches und aus Erhöhung oder Abkürzung der Beiträge oder durch die Verbindung beider aufgebrannt werden.

Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Reichsversorgung

Die Arbeitslosenversicherung muß seit längerer Zeit die Darlehenshilfe des Reiches in erheblichem Maße in Anspruch nehmen. In dieser Hinsicht auf die Reichsfinanzen liegt zweifellos eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit; diese Gefahr abzuwenden, hält die Reichsregierung sich für verpflichtet. Sie ist dabei im wesentlichen den Beschlüssen gefolgt, die der Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten in zweiter Lesung bereits angenommen hatte. Im einzelnen handelt es sich auf der Einnahmenseite darum, daß der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. August 1930 auf 4/5 vom Hundert des Arbeitsentgelts festgesetzt worden ist. Auf der Ausgabenseite sind Maßnahmen vorgesehen, die insgesamt für den Rest des Haushaltsjahres etwa 100 Millionen ersparen werden. Die Reichsregierung hat hierbei den vom Reichstagsausschuss bewilligten Grundgedanken angenommen, wonach die Höhe der Unterfügungen künftig in eine Beziehung zur Dauer der Anwartschaft gebracht wird. Bei der Durchführung dieses Grundgedankes kommt die Notverordnung den Angehörigen der oberen Lohnklassen, die nach den Beschlüssen des Reichstagsausschusses nur die Höhe der Krisenfürsorge erhalten sollten, wenn sie nicht eine Anwartschaft von 52 Wochen nachweisen können, etwas mehr entgegen. Andererseits bleiben die Vorschriften über die Unterfügung berufsüblicher Arbeitslosigkeit auch für den kommenden Winter aufrechterhalten. Zu der Frage der Sperrfristen entscheidet sich die Notverordnung dahin, daß die normale Dauer der Sperrfristen künftig sechs Wochen beträgt; dafür sind aber für die Fälle freiwilliger Arbeitsaufgabe Erleichterungen über das gegenwärtig geltende Maß hinaus vorgesehen. Die Dauer einer Krisenunterfügung wird unter bestimmten Voraussetzungen jetzt auf die Dauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterfügung angesetzt. Die Wartezeit beträgt regelmäßig 14 Tage bei Arbeitslosen ohne ausübungsrechtliche Angehörigen, 3 Tage bei Arbeitslosen mit vier oder mehr ausübungsrechtlichen Angehörigen.

Krankenversicherung

drohen aus dem möglichen Eigenmut und Mißbrauch schwere Gefahren. Der Versicherungsbeitrag stammt aus dem Lohn. Wenn die Versicherten mit ihrem freiem Lohn hausväterlich umgehen müssen, haben sie auch einen Anspruch darauf, daß der für die Versicherung gebundene Lohnteil wirtschaftlich und zweckmäßig verwendet wird. Die Maßnahmen der Verordnung wenden sich gleichmäßig an die Versicherten und die Kassenärzte, die Kassenverwaltung und die Aufsichtsbehörden. Sie betreffen die Beteiligung der Versicherten an den Kosten für die ärztliche Behandlung und die Heilmittel, den Beginn des Krankengeldes, regeln die Familienkrankengeld, beschränken die Krankenkassen im Erwerb von Grundstücken, in der Errichtung von Gebäuden und Anstalten und in der Festsetzung des Beitrages. Die Verordnung legt die Berufspflichten der Kassenärzte fest und regelt den vertrauensärztlichen Dienst. Die Verordnung macht auch die Bildung unwirtschaftlicher Zwerge unzulässig. Auf Grund der Verordnung haben die Krankenkassen den Beitrag unter Berücksichtigung der Veränderung der Verordnungen neu festzusetzen, durch die an sich notwendige Einsparung in der

Krankenversicherung wird zugleich die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung möglich und tragbar. Auf dem Gebiete des

Verfahrensrechts

beschränkt sich die Notverordnung darauf, aus den beiden Gelebenswürfen, die der Reichstag kurz vor der Auflösung bereits in zweiter Lesung genehmigt hatte. Die erstmalige Annahme eines Rentenanspruches soll künftig nicht mehr möglich sein, der Rechtsanspruch auf Neubeilegung der Versorgungsbeschlüsse wegen veränderter Verhältnisse wird beschränkt auf die Geltendmachung der Ansprüche für die am 31. Juli 1930 Rente bezogen wurde, und schließlich wird die Möglichkeit des Rückfalls in Fällen eingeschränkt, in denen die rechtliche Bedeutung des Streitgegenstandes dieses Rechtsmittel nicht mehr erfordert.

Preislenkung, Kartellverordnung

Die Anpassung der gebundenen Preise an die veränderte Wirtschaftslage und die gesamte Kaufkraft dreier Massen sowie die Notlage der im freien Wettbewerb stehenden Wirtschaftskreise ist sich nach allgemeiner Ansicht zettlich zu langsam und ihrem Ausmaß nach unzulänglich durch. Infolgedessen ist u. a. das Verhältnis der Preise von Waren und Leistungen zu einander vielfach in einer volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Weise verschoben worden. Die mangelhafte Anpassung der gebundenen Preise in einer Zeit, in der die gesamte deutsche Wirtschaft unter dem Druck einer schweren Depression steht, erschwert und verzögert die Überwindung der wirtschaftlichen Not, führt zum Bruchliegen menschlicher Arbeitskräfte und technischer Anlagen weit über das unmittelbar durch die Krise an sich bedingte Maß hinaus und hat Spannungen hervorgerufen, die einer ausgeglichener Zusammenarbeit aller wirtschaftlich Tätigen im Wege stehen. Bei dieser die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdenden Lage muß die Reichsregierung es sich angelegen sein lassen, Mißstände dieser Art, wo immer sie erkennbar sind, zu beseitigen und die auf der Volkswirtschaft schwer lastende Krise mit der aus ihr fließenden Arbeitslosigkeit zu mildern und zu überwinden, soweit dies durch behördliche Maßnahmen geschehen kann.

Sie rechnet dabei auf die verständnisvolle Mitarbeit der beteiligten Wirtschaftskreise selbst. Soweit diese jedoch im Einzelfall nicht zu gewinnen sein sollten, sind ihr in dieser Verordnung die Mittel an die Hand gegeben, das im Interesse der Gesamtheit Erforderliche auch gegenüber Widerstrebenden schnell und wirksam durchzusetzen. Zu diesem Zwecke wird die Reichsregierung ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen durch Verwaltungsmaßnahmen unwirtschaftliche Preisbindungen auszuräumen.

Den Absichten, so schloß der Reichsfinanzminister, welche den Reichspräsidenten zum Erlass der Verordnung bestimmt haben, würde es am meisten entsprechen und die Verordnung hätte ihren Zweck dann am besten erfüllt, wenn es der Reichsregierung im Zusammenwirken mit dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, der als bald mit den Fragen befaßt werden soll, gelang, den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft Geltung zu verschaffen, ohne auf die in der Verordnung gegebenen Ermächtigungen zurückgreifen zu müssen.

Massenverhaftungen spanischer Anarchisten in Paris

Paris, 27. Juli. Die Pariser Polizei hat heute eine von etwa hundert spanischen Anarchisten besetzte Versammlung in der Umgebung von Paris ausgehoben und 85 Männer und eine Frau verhaftet, darunter den Generalsekretär der spanischen Anarchisten, der trotz einer gegen ihn bestehenden Ausweisungserlaubnis in Frankreich lebte.

Stahlhelm und Reichstagswahl

Köln, 28. Juli (Funkdienst). Der erste Bundesvorsitzende des Stahlhelms äußerte sich in Köln zu den bevorstehenden Reichstagswahlen wie folgt:

Uns ist die Reichstagswahl viel zu früh gekommen. Sie ruht nicht in unserer Pläne. Wir wollten die Sammlung der Kräfte. Das ist uns nicht gelungen. Im Gegenteil, wir haben, daß die Rechte sich spalteten. Aus diesem Grunde erklärt sich auch unser Verhalten bei den Wahlen. Früher haben wir die Reichsparteien aktiv unterstützt. Das können wir dieses Mal ab. Wir wollen uns durch einen Wahlkampf den Stahlhelm nicht kaputt machen lassen. So ist auch unser Aufruf zu den Wahlen zu verstehen."

Die deutsche Staatspartei

Eine buntfarbige politische Gesellschaft

Berlin, 28. Juli. (Eigene Meldung.) Die Montagspost meldet: Das politische Ereignis des gestrigen Sonntags war die Gründung der "Deutschen Staatspartei". Die prominentesten Vertreter der deutschen demokratischen Partei, der völkernationalen Aktion (Vnabdo), führende Mitglieder der Deutschen Volkspartei und marxistische Köpfe anderer innerparteilicher Gruppen haben gestern am Schluß einer streng geheimen Sitzung im Rheingold die neue Partei gegründet. Heute mittag wird der Aufruf veröffentlicht werden, mit dem die neue Partei in die Öffentlichkeit tritt. Der Aufruf ist von zahlreichen bekannten Politikern und Wirtschaftsführern unterzeichnet. Man rechnet damit, daß noch zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, auch solche, die sich bisher parteipolitisch nicht betätigt haben, sich sofort anschließen werden. Die Deutsche Staatspartei wird mit eigenen Listen am Wahlkampf teilnehmen. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß die demokratische Partei, die völkernationalen Aktion und eine Reihe weiterer politischer Gruppen, vielleicht sogar Parteien, in der Deutschen Staatspartei aufgehen werden.

Der Gründungsaufruf der Deutschen Staatspartei, der heute mittag der Öffentlichkeit übergeben wird, wird vor allem ein Bekenntnis zum Staat, zur Republik enthalten. Es wird betont werden, daß es sich nur um einen Schritt zu einem größeren Zusammenschluß handelt. Außenpolitisch wird man für Frieden und Freiheit der Nationen eintreten. In der Wehrfrage ist ein Bekenntnis zur Landesverteidigung zu erwarten. Der soziale Charakter der neuen Partei wird aus dem Aufruf stark hervorgehoben. Die Deutsche Demokratische Partei hat für den kommenden Mittwoch ihren Parteiausschuss einberufen. In dieser Sitzung wird die endgültige Entscheidung darüber fallen, ob die Demokratische Partei in der Deutschen Staatspartei aufgeht. In diesem Falle würde der demokratische Parteiapparat bei den Wahlen der Deutschen Staatspartei zur Verfügung stehen.

Berlin, 28. Juli (Funkdienst). Uns wird noch gemeldet: An der Gründung der neuen Partei, hinter der kaum wesentlich mehr Wähler stehen dürften, als hinter der Demokratischen Partei und die sich in der Hauptsache auf Offiziere und nicht Mannschaften stützten, waren bekannte Demokraten wie Petersen-Hamburg, Koch-Weser, Dietrich-Baden, Küls-Dresden, Wieser-Berlin, die Gewerkschaftsführer Schneider und Ernst Lemmer und Führer der schlesisch-lausitzischen Volksdemokratischen Bewegung beteiligt. Auch der dreibühige Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff soll an den Verhandlungen teilgenommen haben. Von der Prominenz

Deutsche Sitten, deutsche Treue

Unruhiger Sonntag in Berlin — Ueber 100 Störungen

Berlin, 27. Juli. (Eig. Meldung.) Im Anschluß an eine kommunistische Kundgebung im Sportplatz ist es am Sonntag nachmittag an verschiedenen Stellen Groß-Berlins zu Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der KPD und Andersgesinnten gekommen. Die Polizei hatte wegen dieses und anderer Zusammenstöße über 100 Personen festnehmen müssen. Wegen Verletzung der Bahnkreismasse mußten die Inassen eines Lastkraftwagens, insgesamt 50 männliche und 50 weibliche Personen und ein Kind amangestellt werden. An anderer Stelle gerieten Angehörige der Hitlerjugend mit Angehörigen einer Arbeiterportvereins in eine Schlägerei, die zur Festnahme von 27 Personen führte. Schließlich wurden in der Friedenshagenstraße 3 Nationalsozialisten festgenommen, die in Häuser eindringen und die Bewohner bedrohten.

Abg. Lewerenz durch Kommunisten verletzt

Krefeld, 27. Juli. Am Samstag abend sollte in einer geschlossenen Parteiverammlung der SPD in Willich bei Krefeld der Landtagsabg. Lewerenz sprechen. Da sich bei Beginn herausstellte, daß etwa 30 Kommunisten im Saal anwesend waren, forderte Lewerenz sie auf, den Saal zu verlassen. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen warfen die Kommunisten mit Biergläsern und Flaschen nach dem Abgeordneten, der an der Schlädeldecke verletzt wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Abg. Lewerenz, der glücklicherweise keine schweren Verletzungen davongetragen hat, nach Hause gebracht.

Sturm auf ein Nationalsozialistenfest

Chemnitz, 28. Juli. (Eigene Meldung.) Aus Sölkentin-Gröthel wird gemeldet: Die Nationalsozialisten, die am Samstagabend im Fremdenhof-Gemeindehaus einen feierlichen Abend veranstalteten, wurde kurz nach Mitternacht von etwa 100 auswärtigen Kommunisten überfallen, wobei es zu einer schweren Schlägerei kam. Die Nationalsozialisten wurden überfallen und von den Kommunisten in die Flucht geschlagen. Dabei sind den Nationalsozialisten in die Hände gekommen. Dabei sind den Nationalsozialisten in die Hände gekommen. Dabei sind den Nationalsozialisten in die Hände gekommen.

Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten

Dingelstädt (Cichfeld), 26. Juli. Nationalsozialisten aus Dingelstädt hielten gestern abend hier im "Bürgerhof" eine Versammlung ab. Während diese ruhig verlief, kam es zum Schluß, als Nationalsozialisten Zeitungen unter den Zuschauern teilen wollten, zu einer Schlägerei mit anwesenden Reichsbannerleuten. Biergläser, Tisch- und Stuhlbeine dienten als Wurfgegenstände. Die Polizei wurde eingeschlagen und in kurzer Zeit bildete der Saal einen Trümmerhaufen. Die Polizei drängte die Reichsbannerleute aus dem Saal und säuberte die Straße, während die Nationalsozialisten bis zur Rückfahrt nach Rühbau im Saal verbleiben mußten. Auf beiden Seiten gab es Leicht- und Schwerverletzte.

Erfing spricht!

Zu den Arbeitern spricht er, in einer "machtvollen" Rundschau — gegen die sozialdemokratische "Demoskopie". So lesen wir im "Volksfreund".

In Karlsruhe geschah es, weil es die Absicht der Sozialdemokratie ist, die katholischen Arbeiter zu sich herüber zu ziehen. Ich habe nicht geglaubt, weil man im Zentrum eine solche Aktion nicht durchführt, daß die Sozialisten davonlaufen? Erfing sagte, er und das Zentrum hätten sich auf die Reform nicht festgelegt, eine soziale Steuer sei nicht. Sie wäre schon tatsächlich vorhanden in der Erhöhung der Tarife für Gas und Strom. Und wenn man die Wahl habe, sei ihm die Steuer lieber als Tarifierhöhungen. Solch ein Spottvogel? Niemals die Wahl? Die Tarifierhöhungen für Gas etc. sind nicht geführt, die Regierung will das Zentrum dem arbeitenden Volk noch extra aufbrummen, ganz abgesehen davon, daß sich bei den über die Gesteuererhöhungen hinaus festgesetzten für Gas, Wasser etc. um Verbraucherabgaben handelt. Argumentation fällt wohl nicht in das Gebiet der Demagogie.

Als des. Kabinett Müller eine, seien 1,8 Milliarden Schulden vorhanden gewesen. Wie viel vorhanden waren, als Müller Bankrott herrschte der normaligen bürgerlichen Parteien verweigertes Herr Erfing. Er erwähnte, daß die von Müller verordnete Sanierung von der Volkspartei sabotiert wurde, woran vor Jahresfrist — und das infolgedessen damals die Schuld last bereits auf 1,4 Milliarden aufgelaufen war.

Herr Erfing hat wohl recht gebuldet und unorientiert über die Arbeitslosenversicherung eine Reichsbilfe von 450 Millionen — es waren für 1929 allein sogar 460 Millionen. — unter Brünning aber bereits 730 Millionen. Brünning ist seit April im Amt. Um die Arbeitslosenversicherung entbrannt die Regierungskrise, megen 70 Millionen mehr oder weniger (schon verneinende die Deutsche Volkspartei ihre Zustimmung zur Finanzierung. Nicht um ein halbes Prozent sollten die Beiträge erhöht werden. Nachher, als Moldenbauer im Amt mußte er ein ganzes Prozent fordern und dann deswegen auf die Reichsbilfe von 450 Millionen zu verzichten. Da die bürgerlichen Parteien zu keiner Einigung überleben kamen, Monate hindurch mußte die Reichsbilfe weiterhin für die Arbeitslosenversicherung. Ein Verdienst Brünnings ist dies wahrhaftig nicht, im Gegenteil zeigt dieser Vorgang nur, wie auch nach Austritt der Sozialisten aus der Regierung die Volkspartei ihre Bemühungen, die Sozialversicherungen abzubauen, ehe ihre Finanzierungserfolge dort und es zeigt weiter, daß das Zentrum Geistesleiste.

Herr Erfing erzählte, die Krankentaggemittelglieder sollten mit einer Versteckgebühr von 50 Pfg. und mit einer Reichsbilfe von 30 Pfg. belastet werden. Zu Wirklichkeit waren 1 — 2 Pfg. zu sehen. Erfing behauptete, die Krankentaggemittel hätten nach den Gebühren verlangt, und die Sozialdemokraten wollten nur die Kosten der Ärzte schüßen, als sie gegen diese Gebühren sich weigerten. Das kann auf werden, wenn Herr Erfing jetzt ein paar Wochen vor der Wahl, betrieblige Unwahrheiten in die Welt setzt. Nur wird es ihm und seinen Freunden diesmal nicht gelingen, unentgeltlich durchzukommen. Glaubt der Mann, die demokratische Reichstagsfraktion hätte den Ausbruch der Reichsregierung auf die Taschen der Vermögenden des Volkes umzuwerfen sollen?

Die wesentliche Schuld an der Auflösung des Reichstages liegt mir zu tragen, fabelt Herr Erfing weiter. Nun, es wird nicht erweisen, ob das Zentrum den Mut hat, vor den Wahlen zu seinen gegen die Interessen des arbeitenden Volkes zu gehen. Erfing behauptete, die Sozialdemokraten wollten nur die Kosten der Ärzte schüßen, als sie gegen diese Gebühren sich weigerten. Das kann auf werden, wenn Herr Erfing jetzt ein paar Wochen vor der Wahl, betrieblige Unwahrheiten in die Welt setzt. Nur wird es ihm und seinen Freunden diesmal nicht gelingen, unentgeltlich durchzukommen. Glaubt der Mann, die demokratische Reichstagsfraktion hätte den Ausbruch der Reichsregierung auf die Taschen der Vermögenden des Volkes umzuwerfen sollen?

Die von Herrn Erfing betriebene Produktion von Verleumdungen für die Zentrumspartei steht nicht nach dem Selbstvertrauen aus. Wer seiner Sache sicher ist, geht zu Boden.

Solche Fierden nationaler Heiden sind vonnöden!

Wie in Sachsen und ostwärts hat die Deutsche Volkspartei auch in Thüringen den Nazis den Weg zur politischen Macht ebnet. Wie lange es dauern wird, bis auch in Baden ein Bauernrat der Liberalen vor den Nazis verjagt wird, weiß noch dahin. Daß aber auch hierzulande die Nazis den Weg zur

Hugenbergers Wahlparole



„Rechts heran!“

Freistaat Baden

Gemeindewahlen und Reichstagswahl

Genosse Minister Kemmerle schreibt uns:

Es ist in der Partei die Frage erörtert worden, ob sich nicht die im November fälligen Gemeindevahlen mit der Reichstagswahl zusammen erlebigen lassen. Im Zentrum wird der gegenseitige Standpunkt vertreten, aus der demokratischen Partei kamen Stimmen für die Zusammenlegung der Wahltermine.

So einfach aber löst sich diese Frage nicht lösen, jedenfalls kann die Regierung des Landes eine solche Anordnung nicht treffen. § 37 der Gemeindeordnung schreibt vor, daß die Gemeindevahlen im November vorgenommen werden sollen. Hierauf Bezug nehmend, wäre wohl eine Vorverlegung des Wahltermins möglich, denn die Festlegung eines Monats in der G.O., in welchem die Wahlen stattfinden sollen, erfolgte in der Hauptsache deswegen, um die Gemeindevahlen im ganzen Lande gleichzeitig zur Erledigung zu bringen. Der Wahltermin wird daher jeweils von der Regierung, meist im Benehmen mit dem Landtag, festgesetzt. Für die Festsetzung bleibt nach dem Willen des Geleites ein enger Spielraum; an einem der Sonntage im November soll gewählt werden.

Die allen Kollegen der Gemeinden bleiben bis nach Erledigung aller mit der Neuwahl zusammenhängenden Angelegenheiten im Amt. Sie bleiben aber auf alle Fälle vier Jahre im Amt; wobei die Regierung noch die Kollegen selbst können eine frühere Beendigung der Amtsdauer anordnen zu dem Zwecke, die Neuwahlen früher durchzuführen. Andererseits ist auch nicht eine Wahl auf Vorrat möglich, denn es ist nicht denkbar, daß zwei ordnungsgemäß gewählte Kollegien viele Wochen lang nebeneinander leben.

Denkbar wäre danach nur, daß mit Hilfe der Geleitsgebung die jetzt im Amt befindlichen Gemeindefollegen bereits im September außer Dienst gestellt, also aufgelöst würden und der Wahltermin durch ein besonderes Gesetz auf diesen Monat zur Ausschreibung käme. Die Einberufung des Landtages hätte möglichst schnell zu erfolgen. Da sich jedoch das Zentrum gegen die Zusammenlegung der Wahlen ausspricht, ist nicht damit zu rechnen, daß der Herr Innenminister dem Landtag eine für die Vorverlegung der Gemeindevahlen erforderliche Geleitsvorlage machen wird. Damit ist eigentlich die Diskussion über diese Frage geschlossen.

Die badischen Zentrumskandidaten

Der Landesauschuss der badischen Zentrumspartei nahm in einer von Delegierten des ganzen Landes sehr stark besuchten Versammlung unter dem Vorsitz des Parteichefs, Prälat Dr. Scholer, die Aufstellung der Kandidatenliste für die Reichstagswahlen am 14. September vor. Einmütig wurde folgende Kandidatenliste aufgestellt:

- 1. Reichsfinanzminister v. D. Dr. Köhler, 2. Reichstagsabg. Dies-Radolfzell, 3. Reichstagsabg. Erling-Karlsruhe, 4. Reichstagsabg. Dr. Höpfer-Freiburg, 5. Reichstagsabg. Damm-Wagenhimmeld, 6.

Aus aller Welt

und anderen Führer dieser Partei bereits auf volles Verständnis rechnen dürfen, ist ja kein Geheimnis mehr. Es sei hier nur auf den Landtagsabgeordneten Bauer verwiesen, der von dem von den Nazis vorgeschobenen Patriotismus schon öfters sehr beglückt war.

Der von Bayern nach Thüringen importierte Polizeiamtman Frid ist das Amt des Innenministers in einer Weise aus, die keinen Zweifel mehr darüber aufkommen läßt, daß die Deutsche Volkspartei jeden Bruch der amtlichen Korrektheit duldet, wenn damit nur der Zugang der Sozialdemokratie zur Anteilnahme an der politischen Macht vergrößert wird. Was nützt die Volkspartei, wenn sie den Herrenmenschen nicht immer an den von der Sozialdemokratie gestellten Ministern herum? Da, wo ihnen die Pflicht obliegt, für Sauberkeit zu sorgen, schweigen sie, z. B. haben sie zu ihrem Koalitionsminister Frid in Thüringen nichts zu sagen. Dieser Mann ist bereits wegen Beihilfe zum Verlust eines Verzeichnisses des Hochverrats mit einem Jahr und drei Monaten Gefängnisstrafe verurteilt.

Am 17. Juni ds. Js. stellte unser Genosse Brälich von Weimar im Reichstag fest, daß Frid im Jahre 1923 während des Aufstandes des französischen Leutnants Richetti darin unterläßt hat, daß der französische Professor Fuchs mit dem deutschen Professor Kuge in Verbindung kommt.

Frid hat dem Helfershelfer des französischen Leutnants Richetti, dem genannten Fuchs, mitgeteilt, er habe nicht nur die Verbindung zur Reichswehr für ihn hergestellt, sondern auch die amtlichen dem Geschäftsführer des Bänderbundes, dem Professor Kuge. Mittelsmann soll der damalige General Bessow von der Reichswehr gewesen sein.

Der französische Agent Richetti war damals bekanntlich für die Besetzung des Rheinlandes von Deutschland tätig. Auch war die Besetzung Bayerns vom Reich dessen Ziel.

Frid hätte damals den Professor Fuchs, als er zu ihm kam, warnen müssen; Frid war damals bayerischer Staatsbeamter. Er hat es nicht getan. Diese im Reichstag gegen ihn geübte Anklage ließ er unbeantwortet.

Der Deutschen Volkspartei kann man so sehr einem Bundesgenossen nur gratulieren.

Woran sich Brüning ein Beispiel nehmen kann

Auf einer Fläche von 3000 Quadratmeter erhebt in Paris eine Baustelle, in welcher Kriegsteilnehmer wohnliche Unterkunft finden werden. Für jedwede Kriegsinvalide wird ein zweistöckiges Wohngebäude errichtet. Leschallen, Werkstätten und eine Apotheke vervollständigen die Anlage. Für die Einrichtung einer Konsumgenossenschaft wird ebenfalls ein Gebäude zur Verfügung gestellt.

Die Regierung Brüning hat die weitere Einfuhr von Getreide für die minderbemittelten Verbraucher verboten und die Konsumgenossenschaften mit einer Sonderumlage belegt. Herr Brüning vom Zentrum in Baden wird wahrscheinlich demnächst bescheiden, Brüning habe diesen Kauf auf die Taschen der armen Verbraucher unternehmen müssen, um der leidenden Bevölkerung die Kriterien zu liefern. Im Handwerkerbeirat der Zentrumspartei wird er so sprechen. Was aber wird er wohl den Proleten in seiner Partei zu diesem Kapitel sagen?

Ein Zentrumswähler an den Volksfreund

Auf einer offenen Postkarte mit dem Datum des 24. Juli schreibt uns ein Karlsruhe'r Wähler (W.-r.) wörtlich das folgende:

Hiermit möchte ich die Mitteilung machen, daß meine acht wahlberechtigten Kinder mit mir beschloffen haben, bei der nächsten Reichstagswahl am 14. September 1930 nicht mehr die Stimme für die Zentrumspartei abzugeben, sondern für die Sozialdemokratie. Weil wir in der Sozialdemokratie die Partei erkannt haben, die die einzige deutsche Reichspartei ist, die die minderbemittelten Volksschichten vom Arbeiter und Kleinbauern bis zum Angestellten und Beamten auch vor übermäßiger Steuerbelastung in Schutz nimmt. Lieberworte Mitmenschen! Wählt alle am 14. September 1930 Liste 1. Ein ehemaliger Zentrumswähler in Karlsruhe und seine acht Kinder."

Eine neue Polizeiwaffe

Berlin, 27. Juli. Im Polizeibezirk für Technik und Verkehr hat man, wie die Kreuzzeitung berichtet, schon seit längerer Zeit Versuche mit einer neuen Polizeiwaffe gemacht. Es handelt sich um eine sehr handliche Pistole, aus der eine Gaswolke abgeschossen wird. Dieses Geschöß verbreitet sofort eine Gaswolke, die die Schleimhäute so stark reizt, daß man nicht mehr den geringsten Widerstand zu leisten vermag.

Verstörungen durch einen Wirbelsturm

Frankfurt, 27. Juli. In der vergangenen Nacht ist Wiesbaden durch einen schweren Wirbelsturm heimgesucht worden, der große Verwüstungen anrichtete. Unter anderem wurden die Minarets sämtlicher Moscheen zerstört. Tene der Selimmoschee, die dem Winddruck länger standhielt, sind teilweise eingestürzt. In der Stadt wurden zahlreiche Häuser zerstört. Die Telegrafen- und Telefonleitungen sind außer Betrieb. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sollen keine Toten und Verwundeten zu beklagen sein.

Ein Banklehrling unterschlägt 40 000 Mark

Kiel, 26. Juli. Ein bei einer Bank in Bad Segeberg beschäftigter Banklehrling verhoffte sich gestern Abend unter Vorwand der falschen Taschengeld des Kassenschlüssel und entwendete aus der Kasse 40 000 M. Darauf fuhr er im Kraftwagen nach Neumünster und von dort mit dem D-Zug nach Kiel. In Kiel mietete er ein Auto zur Fahrt nach Hamburg. Der Kraftwagenführer, dem Gedanken aufgestiegen waren, veränderte die dortige Bahnhofs- wache, die den Koffer des Lehrlings öffnete und das entwendete Geld entdeckte. Der Delinquent wurde zum Polizeirathum gebracht, wo er ein Geständnis ablegte. Das Geld konnte der Bank noch in der Nacht zurückgeführt werden.

Millionenschaden bei einem Fabrikbrand in Oppenheim
Oppenheim, 27. Juli. Das Fabrikgebäude der Mittelrheinischen Möbelfabrik in Oppenheim ist von einem Brande völlig zerstört worden. Von dem Wert, das 145 Arbeiter beschäftigte, stehen nur noch die Umfassungsmauern. Der Schaden dürfte sich auf mehrere Millionen Mark belaufen.

Der Gebäudeschaden im Erdbebengebiet

Neapel, 26. Juli. Die Baupolizei von Neapel hat 300 Wohnungen wegen Einsturzgefahr räumen lassen. Den betroffenen Familien wurden anderweitig Wohnungen ausgewiesen. 6 Kirchen in Neapel sind von der Baupolizei ebenfalls wegen Einsturzgefahr gesperrt worden.

Kleine bad. Chronik

Seidelberg, 26. Juli. Und doch Theater in Seidelberg. Der Stadtrat hat heute normirtag den neuen Vorstoß des Theaterintendanten Herrn, ihm das Theater als Pachttheater mit einem Zuschuß von nur 20 000 M. zu verpachten, grundsätzlich zugestimmt. Die letzte Entscheidung wird der Bürgerausschuß zu treffen haben, dem eine entsprechende Vorlage zugegangen ist.

Mannheim, 26. Juli. (Seinen Schwager erschossen.) Gestern nachmittags 4 Uhr hat der 26 Jahre alte Tagelöhner Albert Kuffer seinen 20 Jahre alten Schwager Emil Ripp während eines Streites im Armen in der Hochsträße mit einer Selbstschußwaffe einen Schuß in die Stirne beigebracht, so daß Ripp bald nach seiner Einlieferung im Allgemeinen Krankenhaus hier gestorben ist. Der Täter hat sich bald der Polizei gestellt und wurde in Haft genommen.

Dursach, 26. Juli. In dem Rebstück Steinberg der Badischen Landwirtschaftskammer wurden die ersten reifen Trauben festgeheftet. Es handelt sich um frühe rote Burgunder. Auch weitere Sorten sind schon im Reifen begriffen.

Moskfen, 26. Juli. (Ein Kind totgefahren.) Gestern Abend lief ein 3 Jahre altes Kind des Händlers Janas Otteni in ein Motorrad hinein und wurde auf der Stelle getötet. Der Motorradfahrer stürzte und erlitt einen Schulterbruch.

Hullendorf, 25. Juli. (Unheilvolles Verschwinden — in der Riesgrube verschüttet.) Seit dem 27. Mai wurde der 17 Jahre alte Adolf Grathwohl vermisst. Man nahm ursprünglich an, daß Grathwohl, der an einem schweren und schmerzhaften Ohrenleid litt, deswegen Selbstmord verübt habe. Nunmehr wurde seine Leiche verschüttet in der Riesgrube bei Steilungen, in der er zu-

worden. Diese Zahlen aus Neapel, das vom eigentlichen Erdbeben ziemlich weit abliegt, und wo verhältnismäßig geringer Schaden angerichtet worden ist, zeigen, wie groß der Gebäudeschaden im eigentlichen Erdbebengebiet ist. Eine aus Potenza gemeldete Statistik ergibt, daß in einer im Erdbebengebiet selbst liegenden Gemeinde von 14 000 Einwohnern, die den verhältnismäßig geringen Verlust von 22 Toten und 200 Verwundeten hat, weil ihre zum großen Teil landwirtschaftliche Einwohnerzahl während der Ernte auch nachts auf den Feldern bleibt, 100 Häuser einestürzt, 600 von Einsturzgefahr bedroht und 2000 mehr oder minder beschädigt sind. Dem Einsturz nahe sind in dieser Gemeinde fast alle Kirchen und das Rathaus.

Schweres Verkehrsunglück

2 Tote, 5 Schwerverletzte, 27 Leichtverletzte

Asolda, 27. Juli. Ein mit Ausflüglern besetzter Verkehrsomnibus passierte um 17.45 Uhr die Imbride etwa eine Stunde von Asolda entfernt. Hier wollte der Omnibus einem Motorradfahrer ausweichen und kam auf der schmalen Brücke zu dicht an das morische Holzgeländer, das sofort nachgab. Der Omnibus stürzte in die Tiefe. Von den 35 Insassen wurden zwei Personen getötet und 32 verletzt, davon 5 schwer.

Einbrecher im Reichstag

Berlin, 26. Juli. (Eigene Meldung.) Einbrecher verschafften sich in der vergangenen Nacht Zutritt zu den Bibliotheksräumen des Reichstags im Obergeschoß des Reichstagsgebäudes.

Was gestohlen wurde, ist bisher noch nicht genau festgestellt. Die Diebe haben eine Anzahl von Schreibmaschinen der Anstellten und Beamten aufgebrochen und kleinere Wertgegenstände an sich genommen. Anscheinend sind auch einige Bücher, Nachschlagewerke und dergleichen aus der Bücherei selber gestohlen worden.

Fünf Personen ertrunken

Paris, 27. Juli. Am Strande von Caen ist ein mit 6 Personen besetztes Fischerboot umgeschlagen. Nur ein Insasse konnte gerettet werden.

Sturmverwüstungen auf Rügen

Stralsund, 26. Juli. Die Stürme der letzten Tage haben an der Küste der Insel Rügen große Verwüstungen angerichtet. Am Steilufer bei Sahn sind Uferabbrüche erfolgt. Die Brücke vor Stubbenhammer ist durch Sturm und Wellen abgedeckt worden, ebenso die Brücke in Vohme. Auch in Sellin hat der Wellengang den Bodenbelag der Seebrücke abgehoben. Der Strand ist in den Bädern stellenweise tief verwühlt. Das Unwetter hatte zur Folge, daß ein großer Teil der Badeäste schleunigst die Rückreise antrat.

lekt gearbeitet hatte, gefunden. Der Leichenfund läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Grathwohl beim Arbeiten von einer einfallenden Rieswand verschüttet wurde. Da an der Rieswand keine Spuren des Rutschens zu bemerken waren, so wurde das Verschwinden des jungen Mannes noch nicht früher aufgeklärt.

Schutterell, 26. Juli. (Doler einer Blutvergiftung.) Ein 65 Jahre alter Landwirt rief sich an einer Saitelshalle in den Daumen und beobachtete die unscheinbare Wunde nicht. Schon am Tag darauf mußte er mit einer Blutvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden, wo er nach am gleichen Abend gestorben ist, da auch die Amputation des Armes keine Hilfe mehr brachte.

Marktberichte

Schweinemarkt in Durlach am 26. Juli 1930. Befahren mit 83 Läufer Schweinen und 211 Ferkel Schweinen. Verkauf wurden 38 Läufer Schweine und 200 Ferkel Schweine. Preis per Paar Läufer Schweine 80-90 M., Ferkel Schweine 50-60 M.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Nach der in den letzten beiden Tagen eingetretenen vorübergehenden Besserung des Wetters setzte heute nach wieder Regen ein, da das seit einiger Zeit vor der europäischen Westküste liegende atlantische Tief inzwischen eine erste Staffel maritimer Warmluft bis nach Deutschland vorgetrieben hat. Nach dem somit erfolgten Einsetzen südlicher Luftzufuhr ist bis auf weiteres mit mäßig warmem und veränderlichem Wetter zu rechnen.

Vorausichtliche Witterung für Dienstag, den 29. Juli: Zeitweise aufheiternd und mäßig warm, weitere leichte Regenfälle, südwestliche Winde.

DIE GROSSE MARKE!

Frägt sich der Raucher jedesmal beim Kauf einer Zigarette, warum er gerade dieser den Vorzug gibt? Wer wirklich von einer Zigarette das vorzügliche Aroma erwartet, das den köstlichen Genuß des Rauchens gewährt, sollte unsere hochwertigen Marken:

MAKEDON

SOZIAL 4 PERFEKT 5

versuchen, die den Raucher durch ihren Duft und ihr liebliches Aroma fesseln.

MAKEDON ZIGARETTENFABRIK G. M. B. H., MAINZ A. RH. KONZERNFREI

Generalvertretung: Fritz Waibel, Mannheim, Heinrich Lanzstraße 44, Telefon 40279, Niederlage: J, 1, 14, Telefon 40279.





Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

28. Juli. 1742 Friede zu Berlin. Schlesien kommt an Preußen. — 1750 Komponist Joh. Seb. Bach. — 1794 Koblenzer auloffener Krieg. — 1875 F. v. Schiller. — 1914 Österreich erklärt Serbien den Krieg. — 1919 Internationaler Gewerkschaftskongress in Amsterdam. — 1922 Französischer Sozialist Jules Guesde.

Juli-Regen

Wenn es im Frühjahr und Herbst regnet, nimmt die Erde den Regen auf wie eine ordinäre Tüte zum Speisesel, den der liebe Gott nun mal so bestimmt. Im Juli dagegen läuft der Boden den Regen. Er fällt ihn mit lautem Grinsen; denn erstens ist die Erde durch einige warme Tage im April, Mai und Juni bereits innerlich aufgelockert und nimmt die Feuchte als Vorstoß- oder Abschlagsschichtung für etwaige Hundstagswochen bereitwilliger auf. Zweitens läuft die Erde den Juli-Regen aus Mut. Aus Mut über die allzu reichliche Feuchtigkeit, die ihr das Ausruhen in der Sonne verwehrt.

Diese Mut lehrt über der Erde bei den vom Juli-Regen durchwachten und verknüpften Menschen wieder. Die Wasserläden hängen sich widerwärtig am Wirth der Straßen, die Bäume traufen unentwegt wie riesige Regenwürmer, und die Klammen der Mitfahrender und Gemüthlicher schwimmen wie Wasserläden die Landstraße entlang.

Die Menschen schimpfen und klagen: „Das soll ein Juli sein, das soll ein Sommer sein!“ Der Gastwirt brüllt vor Zorn: „Die halbe Sallion ist hin! Ist in diesem Julimetter erloschen!“ Der Reichsbahnrat stöhnt: „Der Verkehr ist unter den Kuffen gelunken!“

Die höhere Tochter lacht Galle und Gift: „Wie herrlich könnte man sich in Nordsee oder in St. Moritz amüßieren!“ Der bessere Beamte leucht: „Sechs Wochen Urlaub und kein einziger Sonnenstrahl!“ Nur der Fabrikdirektor läßt achselzuckend seinen Köpferigen Benz reparieren und knurrt:

„Na, dann fahren wir eben im Spätsommer noch Biarritz!“ Und der Prolet löst sich gleichmüthig den Zutritten über den Boden herunter, scharf den Tag herunter, kauft sich die Pfeife unter dem Bretterdach seiner „Laube“ und wartet auf die Wiederkehr der Sommerzeit. Er läßt sie feiner von den anderen, wie die Erde unter ihm schmitzt und dümpelt. Wie sie den Regen läßt mit all ihren Poren und den Tag erlebt, da wieder die Leuchtstäber lümmen und die Robotte Püselbäume schlagen — heftig und etwärtig von der ersten richtigen Sommernacht. S. Sch.

Sandomwjski Vergangenheit

Wie schon kurz berichtet, ist es der hiesigen Polizei gelungen, den seit einigen Monaten flüchtigen Einbrecher Herbert Sandomwjski wieder festzunehmen. Damit ist im Leben dieses Mannes, der viel in der Welt herumgekommen ist, wieder für einige Zeit die Freiheit vorüber. Bei seinem ersten Aufbruch in Deutschland reist er in Berlin im Jahre 1926 verhaftet worden. In Deutschland reist er, über Ausweisen von höchstem Wert. Sie sollten, wie er anfänglich behauptete, rechtlich durch Kauf in Russland erworben sein. Später wurde aber festgestellt, daß er sie bei Willeneinbrüchen in Amerika erbeutet hatte. Nach Art der Falladentener war er dort in den Luxusbädern von Florida in die Häuser eingedrungen und hatte überaus reiche Beute gemacht. In einem Falle stießen ihm sämtliche Hochzeitsgeschenke in die Hände, die zur Schau für die Gäste ausgestellt gewesen waren. Sandomwjski wurde schon damals in Amerika gefaßt und nach Sing-Sing verbracht. Aus dieser Anstalt gelang ihm eine merkwürdige Flucht. Auch später ist S. mehrfach aus deutschen Gefängnissen ausgebrochen, zuletzt noch im Juni dieses Jahres aus Tegel. Diese Flucht erschien fast unverständlich, denn Sandomwjski hätte in 9 Tagen entlassen werden müssen. Es scheint in der Tat, daß er seine Flucht nur deshalb in Scene gesetzt hat, um seiner Auslieferung nach Amerika vorzubeugen.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Am Samstag vormittag wurde ein 70 Jahre alter Beamter in der Weinbrennerstraße von einem Auto angefahren und zu Boden gemorrt. Er trug einen Schädelbruch und Verletzungen am Kopf davon. Die Schulfrage bedarf noch der Klärung.

In der Ruppurrer Straße sprang einem Reichsbahnbeamten ein Hund vor das Motorrad, was den Fahrer veranlaßte, sehr stark zu bremsen. Dabei kam er zu Fall und zog sich Verletzungen an Armen und Beinen zu. Sein Motorrad wurde beschädigt.

Am Samstag vormittag stieß in Durlach ein aus der Adlerstraße kommender Personenkraftwagen mit einem durch die Hauptstraße fahrenden Straßenbahnwagen zusammen. Das Auto wurde erheblich beschädigt, während an der Elektrischen nur ein Trittbrett verdorben wurde. Die Schuld an dem Unfall trägt der Kraftwagenführer, weil er der Straßenbahn das Vortrittsrecht verlorste.

Am Sonntagabend kurz nach 6 Uhr verurteilte ein Autoführer infolge Ausherschließung des Vorfahrtsrechts Eck-Beppelins und Durmersheimer Straße einen Zusammenstoß mit einem anderen Personenkraftwagen. Dieser wurde umgemorrt. Der Führer des Wagens erlitt erhebliche Schnittwunden am rechten Oberarm und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Beide Fahrzeuge wurden erheblich beschädigt. Der umgemorrene Wagen mußte abgeschrieben werden.

Unfälle

Ein verheirateter Kanarier aus Eggenstein erlitt am Güterbahnhof hier dadurch einen Unfall, daß er beim Rangieren auf einer Lokomotive mit dem Kopf an einen Lichtmast stieß und sich erheblich verletzte. Er fand im Städt. Krankenhaus Aufnahme. — Ein verheirateter Metzger und Wirt verunglückte am Samstag nachmittags beim Ausbeinen von Fleisch dadurch, daß ihm das Messer ausrutschte und in die Wagensackung ging. Er trug eine erhebliche Schnittverletzung davon. — Ein verheirateter Buchbinder brachte am Samstag mittags in einer Druckerei in der Erdbrinnenstraße die linke Hand in die Papier Schneidmaschine. Er ging dreier Finger verlustig.

Widerstand

Bergangene Nacht wurde ein Polizeibeamter in Grünwinkel, als er gegen einen ledigen 27 Jahre alten Dreher einschreiten wollte, von diesem tödlich angegriffen, so daß er sich zur Wehr legen mußte. Dabei kam der Dreher zu Fall und zog sich eine erhebliche Wunde am Kopf zu. Im Krankenhaus wurde ihm ein Verband angelegt. Auch in der Kuitstraße kam ein Polizeibeamter in Bedrönanis. Er wurde von vier Rowdys umringt, die sich auf ihn stürzen wollten.

Das alte Bahnhofgelände

Die Vorlage des Stadtrats an den Bürgerausschuß

Die Stadt erwirbt laut Stadtratsbeschuß:

- a) von der Deutschen Reichsbahngesellschaft das Grundstück Lgh.-Nr. 3325 (reichsbahneigenes Gelände) am alten Personenbahnhof) im Mehrgelände von 48 663 qm zum Preise von 1 350 000 RM.
- b) vom Badischen Landesbesitzer — Domänenrat — das Grundstück Lgh.-Nr. 3325/1 (domänenaristisches Gelände am alten Personenbahnhof) im Mehrgelände von 27 317 qm zum Preise von 600 000 RM.

Das reichsbahneigene Gelände gemäß Ziffer 1a wird in sechs verschiedenen Teilflächen an die Stadt übergeben; der Kaufpreis ist Zug um Zug in entsprechenden Teilbeträgen bar zu bezahlen.

Von dem gemäß Ziffer 1b für das domänenaristische Grundstück vereinbarten Kaufpreis von 600 000 RM. sind zum 15. November 1930 100 000 RM. anzuzahlen. Der Restkaufpreis von 500 000 RM. ist bei einem jährlichen Zins von 4 Prozent in 15 Jahresraten abzudecken.

Der Kaufpreis und die Kaufkosten sind aus Anlehensmitteln zu bestreiten. Zu der Aufnahme der Anlehen, die längstens innerhalb 30 Jahren zu tilgen sind, wird der Stadtrat ermächtigt. Die Kosten der Anlehenssumme sind aus dem Anlehen zu bestreiten.

Die Notwendigkeit der Erwerbung wird von allen Bürgern eingesehen werden. Der Stadtrat sieht in der Unterlage trotzdem eine eingehende Begründung, die vor allem auf die Annahme hinweist, daß das vom Eisenbahnbetrieb aufzubehaltende ausgedehnte Gelände unterzünftig im Wege einer archaischen Bebauung erschlossen werden würde. Diese Erwartung wurde durch den Krieg und seine Folgen aufs schwerste enttäuscht. Die Südstadt blieb von der Wirtschaft abgetrennt, die frühere Belegung von Handel und Wandel durch den Bahnhof aber fehlte. Auch äußerlich war ein Bild entstanden, das dem Ansehen der Stadt nur Schaden konnte.

Als es im vergangenen Frühjahr festzustellen schien, daß die Verhandlungen mit der Reichsbahn zu einem praktischen Ergebnis führen würden, trat man sofort auch in Verhandlungen mit dem Landesbesitzer — Domänenrat — ein, zunächst mit dem Ziel einer Vereinigung der fünfzigjährigen Besitzverhältnisse durch Umlegung oder Tausch. Die Vertreter des Landesbesitzers ließen aber sehr bald erkennen, daß ein Kauf des Geländes durch die Stadt über den Wünschen des Landes entsprechen würde. Es müßten also auch hier Verhandlungen geführt werden, die in wirtschaftlich besseren Zeiten, d. h. bei besseren Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt, vorteilhaft von vornherein das Ziel der Stadterhaltung gemein wären. Auch diese Verhandlungen sind jetzt abgeschlossen, so daß die Stadt demnach alleinige Eigentümerin des ganzen Geländes des alten Personenbahnhofs zwischen Ruppurrer Straße und Ertlinger Straße sein wird und insofern in die Lage versetzt ist, die Verkehrs- und Baumentwicklung in diesem ganzen Gebiet so zu ordnen, wie es den Interessen der Bürgererschaft entspricht.

Nach dem mit der Reichsbahn vereinbarten Vertrag wird das Gelände in sechs verschiedenen Teilflächen übergeben, und zwar: 1/4 Jahr nach Vertragsabschluss die Flächen I und II gegen Zahlung eines Preises von 510 000 RM., 3/4 Jahr nach Vertragsabschluss Fläche III gegen Besahlung von 339 000 RM., 1 1/2 Jahre nach Vertragsabschluss Teilfläche IV gegen Besahlung von 286 000 RM., 1 3/4 Jahre nach Vertragsabschluss Teilfläche V gegen Besahlung von 147 000 RM., 3 Jahre nach Vertragsabschluss Teilfläche VI gegen Besahlung von 68 000 RM. Bei Ermittlung des Gesamtkaufpreises von 1 350 000 RM. wurde als Wert der auf dem Grundstück stehenden Gebäude, in erster Linie als Wert des auch als Bodenfundus zu erhaltenden alten Empfangsgebäude, die Summe von 300 000 RM. eingeleitet. Leht man diesen Wert als der Schätzung entsprechend gelten, so stellt sich der Preis für 1 qm Bruttogelände, also einschließlich der künftigen Straßenflächen, auf 21,58 RM. Will man einen Wert der Gebäude überhaupt nicht gelten lassen, so ergäbe sich aus der vollen Summe von 1 350 000 RM. ein Quadratmeterpreis von 27,75 RM. Der mit dem Domänenrat vereinbarte Kaufpreis bemest sich ungefähr in gleicher Höhe wie der an die Reichsbahn zu bezahlende, nämlich 600 000 RM. bei 27 317 qm Fläche, d. h. ein Bruttopreis für den Quadratmeter von rund 21,95 RM. Dieses Gelände ist frei von Gebäuden.

Der Stadtrat wird, schon aus finanziellen Gründen, bestrebt sein, die

des in den Besitz der Stadt kommenden Geländes so rasch als möglich zu fördern. Er wird zu diesem Zweck die einzelnen Baupläne zu kaufmännischen Interessen unter der Bedingung der sofortigen Bebauung zu veräußern versuchen und wird diese Bebauung, soweit dies in den nächsten Jahren möglich ist, auch durch Zulage von Baugrundstücken und Zinszuschüssen unterstützen. Da die Stadt hier bei allem, was sie für das Gelände beschafft hat, einschließlich aller Unkosten, auch wieder hereinbekommen wird, läßt sich ohne weiteres heute nicht sagen. Von der Gesamtfläche von 75 980 qm sind 10 öffentliche Straßen und Plätze von 23 857 qm auszufüllen. Von den Verhandlungen mit der Reichsbahn ist angenommen worden, daß das

Gelände hinter dem Empfangsgebäude

mit 6500 qm entsprechend einem Kaufpreis von rund 205 000 RM. von der Bebauung freizuhalten und für Marktzwecke zu verwenden sei. Es stehen hier nach insgesamt 52 123 — 6500 = 45 623 qm einem Kaufpreis von 1 350 000 — (300 000 + 205 000) = 845 000 RM. für die Bebauung zur Verfügung. Die ganze Fläche läßt etwa 640 Wohnungen (davon 1/4 zu 4 und 3/4 zu 3 Zimmern), sie kann, so wie die Lage des Baugrundes heute beurteilt wird, bis zum 1. März 1936 völlig überbaut sein.

Wie gelangt, ist in den ersten Verhandlungen mit der Reichsbahn damit gerechnet worden, den Baublock hinter dem früheren Empfangsgebäude für die Zwecke des Wochenmarktes zur Verfügung zu stellen. Es könnten dadurch manche Wünsche, die durch die fast unmöglichen Platzverhältnisse des heutigen Marktes und dem Empfangsgebäude an der Kriegsstraße bestehen, bedoben, so könnte insbesondere auch der sehr mangelhaft untergebrachte Grobmarkt verbesert werden. Weitergehende sehr gründliche Untersuchungen über das gesamte Marktwesen der Stadt lassen es zweifelhaft erscheinen, wieviel weiter zu gehen und unter welcher Zulassung der bisherigen Märkte an der Kriegsstraße, auf dem Ludwigsplatz und auf dem Werberplatz einen

täglich abzufaltenden Hauptmarkt

zu errichten. Dieser Hauptmarkt würde unter Verzicht auf die Kriegsstraße die ganze Fläche zwischen dem Empfangsgebäude und der Hauptmeißerstraße einnehmen haben. Das alte Empfangsgebäude würde in barockem Weise als Lagerhaus für die Großhändler herzurichten, südlich anschließend wäre der Grobmarkt und weiter nach der Hauptmeißerstraße zur Kleinmarkt anzuordnen. Zwischen Grobmarkt und Lagerhaus könnte in jeder einfacher Weise ein Ansichtsbauwerk errichtet werden.

Die Kosten dieses neuen Marktes sind vorerst auf rund 910 000 RM. veranschlagt. Diese Summe erfordert unter Annahme eines Durchschnittszinses von 7 Prozent für Kapitaldienst einen jährlichen Aufwand von 63 700 RM. Demgegenüber ist der Nettoertrag des Marktes nach dem heutigen Stand des Karlsruhe Marktwesens ermittelt: a) aus dem Lagerhaus 17 000 RM., b) aus dem Markt 20 000 RM., zusammen 37 000 RM., d. h. die Stadt hätte für Einrichtung und Betrieb des neuen Hauptmarktes jährlich rund 26 700 RM. auszugeben. Die über das Marktwesen angestellten Studien haben nun aber entgegen früherer Ansicht ergeben, daß es sehr empfehlenswert wäre, den Markt durch ein großes Hallenbauten gegen Wind und Wetter zu schützen. In diesem Falle würde die den vorstehend aufgeführten Kosten ein weiterer Aufschlag in Höhe von rund 420 000 RM. hinzu. Es würde also der Marktbau geschuldet, dann aber auch sehr viel leistungsfähiger einen Kapitalaufwand von 1 330 000 RM. erfordern über den jährlichen Kapitaldienst von 93 100 RM. Als Nettoertrag aus diesem durch Hallen geschützten Markt sind vorläufig erdormend: a) aus dem Lagerhaus wie oben 17 000 RM., b) aus dem Markt selbst 50 000 RM., zusammen 67 000 RM., d. h. im Falle der Errichtung eines täglichen Zentralmarktes zwischen dem Empfangsgebäude und der Hauptmeißerstraße und Schutz dieses Marktes durch Hallen in eine jährliche Zuhöhe zum Marktworties in Höhe von 93 100 — 67 000 = 26 000 RM. zu erwarten. Die Zuhöhe würde also zum mindesten nicht größer als beim offenen Markt, wohl rechnen dürfte, im Laufe der Jahre ganz verschwinden können.

Die Errichtung eines so vollkommenen, durch Hallen geschützten Zentralmarktes auf dem Gelände des alten Bahnhofs hätte allerdings viel für sich. Ein solcher Markt — Lagerhaus, Ansichtsbauwerk, Grobmarkt und Kleinmarkt — würde ungefähr die halben Flächen der in anderen Städten eingerichteten sehr großen „Markthallen“ und dem bisher in Karlsruhe ein üblicher offener Markt.

Freiquartiere gesucht

Gemeinschaftskollegen, Parteigenossen!

Wie bekannt, findet am 9., 10. und 11. August das Kreis-Turn- und Sportfest des 10. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes statt. Mehrere Tausend Turnerinnen, Turner, Sportlerinnen und Sportler aus Baden, Pfalz und dem Saargebiet werden zu diesem Feste erscheinen. Für sie gilt es Freiquartiere zu stellen. Wir richten an alle Gemeinschaftler und Parteigenossen die dringende Bitte, unserem Wunsche zu entsprechen. Uebst Solidarität mit den Arbeiter-Turnern und Sportlern, die trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse das Fest besuchen und mitwirken. Zeigt Gastfreundschaft!

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Karlsruhe: Schulenburg.

Sozialdemokratische Partei, Ortsverein Karlsruhe: Koch.

Anmeldungen nehmen entgegen: Karl Gehring, Stefaniestraße 17, Franz Sitt, Gambriushalle, Eugen Hörmann, Georg-Friedrich-Str. 32, Wih. Hertert, Gustav-Specht-Str. 13, Polar Fräher, Ungarstr. 60a, Gust. Junker, Mondstr. 2, Karl Müller, Gluckstr. 3.

ten. In der Bedrönanis zog der Beamte seine Pistole, worauf die Angreifer zurückwichen. Ein zufällig des Weges kommender Radfahrer alarmierte den Notruf, der die Täter mitnahm. Wegen Raubföhrung bzw. aroben Unfalls mußten über Sonntag mehr als 30 Personen angezeigt werden. In verschiedenen Fällen erfolgten Festnahmen.

Feueralarm

Am Samstag vormittag geriet in einer Wirtschaft in der Kreuzstraße, wo zur Zeit Umbauarbeiten vorgenommen werden, aus einem Kessel überlaufener Teer in Brand, wobei sich starke Rauchwolken entwickelten. Es entstand der Eindruck eines Brandes, so

daß die Feuerwache alarmiert wurde, die jedoch nicht mehr zum Ausschreiten brauchte, da das Feuer inzwischen gelöscht worden war.

Schlägerei

In der Südstadt gerieten mehrere Möbelwägen mit einem Mann in Streit der in Täuschlichkeit ausartete, so daß schließlich der Mann eingekerkert wurde. Einer der Möbelwägen erlitt drei Schlägerei durch Messerwaffen; ein Inhaberteur wurde mit einem Kräftigen Mann bewußtlos geschlagen. Die Verletzten wurden ins Städt. Krankenhaus eingeliefert. Lebensgefahr besteht nicht.

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe

Im erstf. Berfindungstermin am Freitag wurde mitgeteilt, daß der den Gläubigern der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe vorgelegte Vergleich angenommen worden ist. Die Vergleichsberechtigten Forderungen betragen 769 734 M. für den Vergleich haben gestimmt 483 Gläubiger mit 681 859 M. Forderungen. Gegen 59 Gläubiger mit 77 875 M. Die gefälligst erforderliche Viertelmehrheit ist also erreicht und somit der Vergleich angenommen. Dieser Vergleich sieht die volle Bezahlung der Forderungen bis 300 M. im übrigen eine Quote von 5 Prozent an, die vom Verfallenen betroffenen Gläubiger vor. Wie sich schließlich die gesamte zur Verteilung gelangende Quote stellen wird, kann jetzt noch nicht beurteilt werden.

Ein Franz Lehar-Abend im Stadgarten. Zu Ehren des 60. Geburtstages des bekannten Operntenkomponisten Franz Lehar veranstaltete am kommenden Dienstag, dem 28. Juli ds. Js. von 20-22 Uhr, im Stadgarten die Harmonietabelle unter Leitung des Herrn Lehar ein Franz Lehar-Abend. Mit der Veranstaltung verbunden ist ein Konzert und gleichzeitig einem weiteren Zweck, nämlich die Bezahlung der Forderungen, als dieses Konzert von der Harmonietabelle als Benefizkonzert in diesem Jahre im Stadgarten veranstaltet wird. Inwieweit der Eigentümer des betreffenden Kompositen sich die Harmonietabelle u. a. seiner Werke „Der Kaktusbinder“, „Sauerbrunnen“, „Die lustige Witwe“, „Das Fürstentum“ und schließlich „Der Herr Lehar“ als Dank des Lehars zur Ausführung bringen. Lehar vollstündig dieses Programms dürfen selbstverständlich die Lehar-wandten Kompositen Sätze und Trauht nicht fehlen. Den Harmonietabelle Freunden bietet also am kommenden Dienstagabend im Stadgarten ein sehr genussvolles Stunden bevor, weshalb zum wenigstens ein Besuch des Lehar-Abends geraten werden kann.

Kinderheimfest. Am Dienstag, 29. d. M., nachmittags 15.30 Uhr, feierten die vom Verein Jugendhilfe in Steinabund am Freitag, den 19.57 Uhr, die in Friedenweiler untergebrachten Kinder nach sechsmonatlicher Kurzeit hierher zurück.